

Anlage E - Abrechnung NGN-Zusammenschaltungsvereinbarung

INHALTSVERZEICHNIS

GRUNDSÄTZE

TEIL 1

ABRECHNUNG DER NGN-INTERCONNECTION-LEISTUNGEN ZWISCHEN DEN VERTRAGSPART-
NERN

TEIL 2

VERFAHREN BEI RECHNUNGSUNSTIMMIGKEITEN

Grundsätze

Im Rahmen der vorliegenden NGN-Zusammenschaltungsvereinbarung gilt:

Abrechnungszeitraum

bezeichnet den Zeitraum für die Inrechnungstellung der Verbindungsleistungen. Es gilt vorbehaltlich einer anderen Festlegung durch die Vertragspartner jeweils der erste Tag des Monats, 00:00 Uhr, bis zum letzten Tag des gleichen Monats, 24:00 Uhr.

Tarifzeiten

bezeichnet den Zeitraum für das Peak- oder Off-peak-Zeitfenster.

Call Data Record (CDR)

enthält einen Parameter zur Identifizierung des Abrechnungspartners.

Für die Tarifierung einer Verbindungsleistung sind die erforderlichen Informationen Quell- und Zielrufnummer, Datum, Beginn- oder Endezeit und Dauer der Verbindung enthalten.

Für Verbindungsleistungen, die in verschiedene Abrechnungszeiträume bzw. Tarifzeiten fallen, werden die Verbindungsminuten in den jeweiligen betroffenen Abrechnungszeiträumen bzw. Tarifzeiten abgerechnet. Verbindungsleistungen, bei denen die Anzahl der Gespräche relevant ist, werden dem Abrechnungszeitraum bzw. Tarifzeit zugeordnet, in dem der Beginn des Gesprächs lag.

Artikel- / Leistungsnummer (ALNR)

Unter einer ALNR wird eine bestimmte Leistung bzw. ein bestimmter Artikel abgerechnet. Das Verfahren für die Verwendung der ALNR richtet sich nach den in Teil 1, Ziffer 1 dieser Anlage vereinbarten Regelungen.

Offensichtlicher Fehler

Ein offensichtlicher Fehler liegt nur dann vor, wenn bei objektiver Betrachtungsweise keine vernünftigen Zweifel an der Fehlerhaftigkeit bestehen, der Fehler also "auf der Hand liegt".

Kein offensichtlicher Fehler liegt vor, wenn vertiefte rechtliche Überlegungen oder umfangreiche tatsächliche Aufklärungen notwendig sind.

Ein offensichtlicher Fehler der Rechnung im Sinne der Ziffer 16.4 des Hauptvertrages der NGN-Zusammenschaltungsvereinbarung liegt demnach z. B. in folgenden Fällen vor:

- Schreib- oder Rechenfehler;
- Fehlen der vereinbarten Informationen gemäß Teil 1, Ziffer 3 dieser Anlage;
- Stellen einer doppelten Rechnung für einen Abrechnungszeitraum;

- Berechnung nicht erbrachter oder nicht vereinbarungsgemäß erbrachter Leistungen;
- Berechnung von Leistungen, die nicht Gegenstand der mit *ICP* geschlossenen NGN-Zusammenschaltungsvereinbarung sind;
- Verwendung (tatsächlich) falscher Preise.

Teil 1

Abrechnung der NGN-Interconnection-Leistungen zwischen den Vertragspartnern

1 Vereinbarung von kreditorischen ALNR für Leistungen aus dem Dienstportfolio von *ICP*

Die Telekom stellt die von ihr zum Zwecke der Abrechnung der Leistungen aus dem Dienstportfolio von *ICP* verwendeten allgemeinen ALNR (kreditorische ALNR) als Excel-Liste im Extranet zur Verfügung. Diese ALNR-Liste enthält mindestens die Produktbezeichnung (z. B. ICP-N-B.1, ICP-N-O.5), die dazugehörige Telekom-ALNR sowie eine Kurzbeschreibung der Leistung.

1.1 Beidseitige Verwendung der kreditorischen ALNR der Telekom

Die Abrechnung der in Anlage F (Absprachen) vereinbarten Leistungen aus dem Dienstportfolio von *ICP* erfolgt auf Basis der kreditorischen ALNR der Telekom.

1.2 Verwendung der debitorischen ALNR für Leistungen aus dem Dienstportfolio der Telekom

Für die Abrechnung der in Anlage F (Absprachen) vereinbarten Leistungen aus dem Dienstportfolio der Telekom werden die in Anlage B (Preise), Teil 2 vereinbarten debitorischen ALNR verwendet.

2 Für Leistungen aus der NGN-Zusammenschaltungsvereinbarung gelten die Preise gemäß Anlage B (Preise) sowie der OBR-Masterpreisliste. Diese werden von dem jeweiligen leistungserbringenden Vertragspartner in Rechnung gestellt. Weitere Leistungen werden gesondert in Rechnung gestellt.

3 Die Rechnungen enthalten folgende Inhalte:

- Rechnungsdatum (Absendetag der Rechnung);
- Kundennummer (10-stellig);
- Buchungskonto;
- Telefonnummer für Rückfragen;
- Rechnungsnummer;
- Leistungsbezeichnung;
- Umsatzsteuersatz je ALNR;
- Umsatzsteuer je Rechnung (gegebenenfalls aufgeschlüsselt nach unterschiedlichen Steuersätzen);
- Umsatzsteuer ID;
- zu zahlender Gesamtbetrag.

sowie zusätzlich

- bei der Rechnungsstellung für Leistungen aus dem Dienstportfolio des jeweiligen Vertragspartners:
 - Abrechnungszeitraum;
 - je ALNR (z. B. je Tarifzeit): Produkttext, Anzahl Gespräche, Gesprächsminuten, Netto-Einzel-Betrag, Netto-Gesamt-Betrag.
 - Zwischensumme je Leistung.
- bei der Rechnungsstellung für Preise, die für einen Zeitraum oder die einmalige Bereitstellung berechnet werden, enthalten die Rechnungen zusätzlich mindestens Folgendes:
 - Überlassungszeitraum;
 - Bereitstellungspreise;
 - Überlassungspreise;
 - Preise für einmalige Leistungen.

4 Preise und/oder Leistungen, die für einen definierten Abrechnungszeitraum nicht rechtzeitig bearbeitet werden können, werden unverzüglich mit der nächstmöglichen Rechnung fakturiert. Diese Preise und/oder Leistungen sind je Abrechnungszeitraum gesondert auszuweisen.

5 Die entstandenen CDR werden nach der Bewertung und Bepreisung unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

6 Verzugszinsen werden in einer gesonderten Rechnung mit folgenden Inhalten fakturiert:

- Rechnungsdatum;
- Debitorenkontonummer;
- Rechnungsnummer;
- Aus der Originalrechnung, auf die Zinsen erhoben werden:
 - Rechnungsdatum,
 - Rechnungsnummer,
 - Zahlungseingangsdatum und
 - offener Betrag;
- in Rechnung gestellter Zinssatz;
- in Rechnung gestellte Zinsen;
- Anzahl Zinstage;
- Fälligkeit der Verzugszins-Rechnung.

7 Elektronische Übermittlung von Rechnungen und Gutschriften

Die Vertragspartner übermitteln sämtliche Rechnungen und Gutschriften nebst etwaiger Anlagen (z. B. rechnungsbegründende Anlagen) als Anhang einer E-Mail im Dateiformat PDF (sogenannte elektronische Rechnungen bzw. elektronische Gutschriften).

Die elektronischen Rechnungen / Gutschriften müssen den vertraglichen sowie gesetzlichen, insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Anforderungen genügen. Der absendende Vertragspartner stellt die korrekte Übermittlung der elektronischen Rechnungen / Gutschriften sicher.

Der empfangende Vertragspartner stellt die Echtheit der Herkunft, die Unversehrtheit des Inhalts der elektronischen Rechnungen / Gutschriften sicher, indem ein innerbetriebliches Kontrollverfahren im Sinne des § 14 Absatz 1 Umsatzsteuergesetz (UStG) implementiert und angewendet wird.

Die jeweiligen E-Mail-Empfängeradressen der Vertragspartner sind in Anlage I (Kontakte) aufgeführt. E-Mails mit Rechnungen / Gutschriften, die an eine andere elektronische oder postalische Empfängeradresse übermittelt werden, gelten als nicht zugegangen und werden nicht bearbeitet.

Änderungen der vereinbarten E-Mail-Empfängeradressen werden mit einer Ankündigungsfrist von drei Wochen per E-Mail an die jeweilige E-Mail-Absenderadresse des letzten Rechnungs- bzw. Gutschriftenversands mitgeteilt.

Soweit die E-Mail nicht nur "Transportmittel" für die elektronischen Rechnungen / Gutschriften ist, ist die E-Mail selbst entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen aufbewahrungspflichtig.

Andere elektronische Übermittlungsmöglichkeiten sind - vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen der Vertragspartner - ausgeschlossen.

Die elektronische Rechnung / Gutschrift gilt mit der Versendung der E-Mail als zugestellt. Das Datum mitteleuropäischer Zeit (MEZ) des Postfachausgangs gilt als Grundlage für das Basisdatum, ab welchem die vereinbarte Zahlungsbedingung gilt. Erfolgt der Ausgang an einem Wochenende oder einem bundeseinheitlichen Feiertag, berechnet sich die Zahlungsfrist erst ab dem darauffolgenden Arbeitstag.

Zur Dokumentation des Rechnungsausgangs wird der Versand der E-Mail elektronisch archiviert.

Teil 2

Verfahren bei Rechnungsunstimmigkeiten

1 Rechnungsunstimmigkeiten über Leistungen des Dienstportfolios

Besteht bei Verbindungen zeitabhängig tarifizierter Leistungen eine Differenz zwischen den in der Rechnung des einen Vertragspartners ausgewiesenen Verbindungsminuten und den vom anderen Vertragspartner mittels Kontrollliste aufgezeichneten Verbindungsminuten, so sind Beanstandungen ausgeschlossen, wenn Rechnungsunstimmigkeiten über den Zeitraum eines Abrechnungsmonats in Höhe einer Differenz von weniger als 1 % der Summe der Verbindungsminuten oder von weniger als 5 % bei einer ALNR vorliegen. Ebenfalls ausgeschlossen sind Beanstandungen, wenn der Gesamtbetrag des Rechnungseinwandes einen Betrag in Höhe von 100 EUR (netto) nicht überschreitet.

Besteht bei Verbindungen zeitunabhängig tarifizierter Leistungen/Teilgassen (z. B. Telekom-N-O.6, Telekom-N-O.7, Telekom-N-O.8, ICP-N-O.6, ICP-N-O.7, ICP-N-O.8) eine Differenz zwischen dem in der Rechnung des einen Vertragspartners ausgewiesenen Verbindungsaufkommen und dem vom anderen Vertragspartner mittels Kontrolllisten aufgezeichneten Verbindungsaufkommen, so sind Beanstandungen ausgeschlossen, wenn Rechnungsunstimmigkeiten über den Zeitraum eines Abrechnungsmonats einen Betrag in Höhe von 200 EUR (netto) über alle zeitunabhängigen ALNR pro Leistung nicht überschreiten.

Ein Beanstandungsausschluss gilt nicht, wenn Rechnungsunstimmigkeiten über den Zeitraum eines Vierteljahres, die auf einen Fehler im Abrechnungssystem oder auf einen methodischen Fehler in der Abrechnung hinweisen, vorliegen.

2 Angaben, die bei einer Beanstandung gegen eine strittige Rechnung zu machen sind:

- Kundennummer;
- Rechnungsdatum und Rechnungsnummer der beanstandeten Rechnung;
- beanstandete Leistung;
- strittiger Betrag (keine Pauschale);
- Grund der Beanstandung;
- gegebenenfalls Dokumente zur Darlegung der Richtigkeit der Beanstandung;
- gegebenenfalls Vorschlag für eine Lösung des Falles.

Angaben, die bei einer Beanstandung gegen eine strittige Rechnung über Leistungen des Dienstportfolios zusätzlich zu machen sind:

- Anzahl der Minuten (bei rein verbindungsabhängigen Leistungen: Anzahl der Verbindungen).

3 Elektronische Übermittlung von Rechnungsbeanstandungen und Mitteilungen in etwaigen Eskalationsverfahren

Die formale Geltendmachung von Rechnungsbeanstandungen gegen die in Rechnung gestellten Forderungen sowie die formelle Einleitung eines etwaigen Eskalationsverfahrens im Zusammenhang mit Rechnungsunstimmigkeiten erfolgt auf elektronischem Weg als Anhang einer E-Mail im Dateiformat PDF. Im Übrigen müssen diese Maßnahmen den sonstigen vertraglich vereinbarten Anforderungen entsprechen.

Die jeweiligen E-Mail-Empfängeradressen der Vertragspartner sind in Anlage I (Kontakte) aufgeführt. E-Mails mit Rechnungsbeanstandungen und Mitteilungen in Eskalationsverfahren, die an eine andere elektronische oder postalische Empfängeradresse übermittelt werden, gelten als nicht zugegangen und werden nicht bearbeitet.

Änderungen der vereinbarten E-Mail-Empfängeradressen werden mit einer Ankündigungsfrist von drei Wochen per E-Mail an die jeweilige E-Mail-Absenderadresse der letzten Beanstandung bzw. Mitteilung im Eskalationsverfahren mitgeteilt.

Rechnungsbeanstandungen sowie die formelle Einleitung eines etwaigen Eskalationsverfahrens gelten mit der elektronischen Versendung der E-Mail als zugestellt. Das Datum mitteleuropäischer Zeit (MEZ) des Postfachaushangs gilt als Grundlage für das Basisdatum, ab welchem gegebenenfalls bestehende Fristen laufen. Erfolgt der Ausgang an einem Wochenende oder einem bundeseinheitlichen Feiertag, berechnen sich gegebenenfalls bestehende Fristen erst ab dem darauffolgenden Arbeitstag.

Zur Dokumentation der Versendung wird die E-Mail inklusive Anlagen elektronisch archiviert.

4 Beanstandungsbearbeitung

Die Vertragspartner bemühen sich, Rechnungsbeanstandungen innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Beanstandung mit den entsprechenden Unterlagen gemäß Ziffer 2 zu bearbeiten. Über das Ergebnis wird unverzüglich nach Abschluss der Prüfung informiert.

Zum Zweck der Beanstandungsbearbeitung können die Vertragspartner auf Ebene der Billingexperten mittels Prüfungen mögliche Fehlerursachen ermitteln bzw. ausschließen. Nach gegenseitiger Absprache zwischen den Vertragspartnern kann dies auch mittels Austausch von Unterlagen (z. B. CDR bei Verbindungsleistungen) erfolgen. Die im Rahmen dieses Verfahrens übergebenen CDR sind nach Abschluss der Untersuchungen unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen zwingend zu vernichten. Dies ist auf Nachfrage entsprechend zu dokumentieren und zu bestätigen.

5 Konsultation auf Managementebene

Soweit es die Vertragspartner für die Beilegung von Rechnungsunstimmigkeiten für erforderlich halten, kann eine Konsultation auf Managementebene erfolgen. Die Vertragspartner veranlassen dies grundsätzlich über die in Anlage I (Kontakte) aufgeführten Ansprechpartner für Vertragsmanagement.

6 Ordentlicher Rechtsweg

Unabhängig vom Stand der außergerichtlichen Beilegung von Rechnungsunstimmigkeiten steht es den Vertragspartnern jederzeit frei, den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten.